



## **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**

### **76. Sitzung (öffentlich)**

29. April 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:45 Uhr bis 16:20 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Gesetz zur Änderung verfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein-Westfalen und weiterer Anpassungen**

**5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8025

Ausschussprotokoll 14/854

– Abschlussberatung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag von CDU und FDP – *siehe Anlage zu TOP 1* – mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen zu.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen angenommen.

**2 Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden – Änderung des § 27 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen** **6**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8329

Ausschussprotokoll 14/862

Der Ausschuss verständigt sich nach kurzer Aussprache aufgrund interfraktioneller Bemühungen zu dem Thema, auf die Abgabe eines Votums zu verzichten. Dem federführenden AGFI bleibt es überlassen, gegebenenfalls eine Entscheidung herbeizuführen, wie zu diesem Beratungsgegenstand weiter verfahren werden soll.

**3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG)** **7**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8780

Ohne Beratung stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

**4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit** **8**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8781

Ohne Debatte nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen an.

- 5 Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung 9**  
Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage 14/2597  
– Bericht des Innenministeriums  
– Diskussion 9
- 6 Wettbewerbsnachteile für kommunale Unternehmen aus NRW 11**  
Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage 14/2585  
– Bericht des Innenministeriums  
  
Der Ausschuss kommt überein, sich über Einzelheiten eines möglichen Sachverständigengesprächs mit VKU und kommunalen Spitzenverbänden sich noch einmal zu verständigen.
- 7 Scheitern der Verhandlungen über die Neuordnung der Jobcenter 14**  
Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage 14/2590  
– Bericht des Innenministeriums  
– Diskussion 14
- 8 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer 15**  
Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8884  
  
Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung in der Sitzung am 10. Juni unter TOP 1 zu führen.

**9 AIDS-Politik gestalten – Konzept zur Prävention weiterentwickeln 16**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/7064

Ausschussprotokoll 14/814

Der Ausschuss verzichtet auf eine Beratung und lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD ab.

**10 Wiedervorlage: Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken 17**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8877

Der Ausschuss lehnt ohne weitere Beratung den Antrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

**Nach Abhandlung der Tagesordnung 18****Nächste Sitzung: 10. Juni 2009 18**

\* \* \*

**3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8780

**Vorsitzender Edgar Moron** weist auf die gemäß Beteiligungsverfahren nach § 56 Abs. 1 GeschO eingeholte Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände hin – *Stellungnahme 14/2579* –, die sich zustimmend geäußert hätten.

Ohne Beratung stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

